

Inserate

werden angenommen

in Posen bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17.J. A. Schles., Hoflieferant,  
Dr. Gerber u. Breitestr.-Ede,  
Olof Klock, in Firma  
J. Jannen, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:

J. Hirschfeld  
in Posen.

Inserate

werden angenommen

in den Städten der Provinz

Posen bei unseren

Agenturen, ferner bei den

Annonsen-Editionen

And. Post, Haftstelle &amp; Vogler &amp; C.

G. L. Daube &amp; Co., Invalidendienst

Verantwortlich für den  
Inseratenteil:  
J. Klugkist

in Posen.

# Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 277

Die "Posener Zeitung" erscheint wöchentlich drei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierthalb  
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für  
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 21. April.

1893

## Deutscher Reichstag.

79. Sitzung vom 20. April, 11 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung eines Gesetzentwurfs zum Schutz der Waarenbezeichnungen.

Abg. Dr. Hammacher (natl.) erläutert in der Vorlage, die in dankenswerther Weise schon seit längerer Zeit der öffentlichen Diskussion unterbreitet worden sei, einen großen Fortschritt gegen das Waarenchutzgesetz vom 30. November 1874, das durch die Vorlage erzielt werden soll. Ein Fortschritt sei vor Allem die Erweiterung des Kreises derjenigen Personen, die vom Gesetz Gebrauch machen können. Das Markenschutzgesetz beschränkte sich auf die Gewerbetreibenden, welche ins Handelsregister eingetragen sind. Jetzt sollte der Schutz des Gesetzes allen rechtsgeschäftigen Personen, also auch Kleinkaufleuten, Handwerkern, Landwirten u. s. w. gewährt werden. Ein weiterer Fortschritt der Vorlage sei die Schaffung einer Zentralstelle, als welche wegen der nahen Beziehungen zwischen dem Erfindungsschutz und dem Markenschutz das Patentamt in Aussicht genommen sei. Anerkennenswert sei auch die anderweitige Gestaltung des Anmeldeverfahrens, auf welche Redner näher eingehen. Besonders sei aber der § 14 der Vorlage, welcher nach dem Muster der ausländischen Gesetzgebung neben dem Markenschutz noch andere Missbräuche, besonders den unlauteren Wettbewerb durch unrechte Nachahmung von Waarenmerkmalen und fälschliche Angabe über die Herkunft der Waaren unter Strafe stelle, von den Gewerbetreibenden freudig begrüßt worden. Redner hat aber auch verschiedene Bedenken gegen die in der Vorlage vorgesehene Form der Antragung der Rechtsstreitigkeiten über die Waarenbezeichnung. Wie bei den Patentstreitigkeiten müsse auch hier das Patentamt in letzter Instanz entscheiden, nicht das Reichsgericht. Schließlich beantragt Redner Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Schmidt (Elberfeld, dfr.) erkennt an, daß die Vorlage mit außerordentlicher Sorgfalt und großer Hingabe an die Sache ausgearbeitet sei, und daß man alles aufgeboten habe, um die Wünsche der Interessenten zu befriedigen. Zu bemängeln sei, daß der Schutz gegen die Ausländer fehle, welche deutsche Waarenzeichen auf ausländische Waaren anbringen. Es empfehle sich vielleicht auch, die englische Einrichtung nachzuhahmen, wonach fremde Waaren, deren Bezeichnung auf einem inländischen Ursprung der Waaren selbst hindeuten lassen könnten, bei der Einführung der Einziehung unterliegen, sofern sie nicht zugleich mit der Angabe des wirklichen Herkunftslandes versehen sind. Durch die rigorose Handhabung dieser Bestimmung jüngst England, wie Redner dies näher ausführt, sich gegen die fremde Konkurrenz zu schützen. Zwar sehe der § 20 der Vorlage die Anwendung einer ähnlichen Maßregel seitens des Bundesrathes vor (es kann durch Bundesratsbeschluss den fremden Waaren bei ihrem Eingang nach Deutschland zur Einführung oder Durchfuhr eine entsprechende Auflage gemacht und für den Fall der Zwiderhandlung die Einziehung der Waaren angeordnet werden), aber die bloße Androhung genüge denjenigen Staaten gegenüber nicht, die trotzdem wir mit ihnen Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen haben, die Einführung unserer Waaren auf Grund des Markenrechts erschweren.

Abg. Frhr. Buol v. Berenberg erklärt, daß er schon vor bald acht Jahren, Ende Dezember 1885, die Notwendigkeit einer Revision des Markenschutzgesetzes hier vertreten habe. Damals sei diese Notwendigkeit von Herrn v. Bötticher unter Hinweis auf das Ausbleiben von Beschwerden bestritten worden. Jetzt erläutert die Motive der Vorlage, daß seit zehn Jahren zahlreiche Beschwerden gegen den bisherigen Rechtszustand laut geworden seien. Es treffe auf die Vorlage das alte Sprichwort zu: Gut Ding will Weile haben. Die Vorlage befürde einen Fortschritt zum Besten; das müsse er gleich den Vorrednern anerkennen, obgleich sich gegen manche Einzelbestimmungen Bedenken geltend machen ließen, so namentlich gegen die Zulassung von losen Meldestellen. Dagegen sei es ein großer Fortschritt, daß der Schutz des Gesetzes auch den Kleinkaufleuten, Handwerkern und Landwirten zu Gute kommen solle, daß eine die Publikation erleichternde Zentralstelle geschaffen werde und daß auch der unlautere Wettbewerb durch Nachahmung der Ausstattung, Verpackung oder Verzierung der Waaren unter Strafe gestellt werden solle. Diese Bestimmung liege besonders im Interesse des jüdischen Geschäftsvorhabens und werde namentlich auch den Kleinkaufmannstand schützen. Falls der Abg. Schmidt (Elberfeld) in der Kommission wegen der Retorsion nähere Anträge stellen sollte, werde er dieselben unterstützen. Denn wir müßten gleich England die fremde Konkurrenz möglichst fernzuhalten suchen.

Direktor im Reichsamt des Inneren Niederding erwidert dem Vorredner, daß nach Ausweis der Akten die erste Beschwerde gegen das Markenschutzgesetz im Jahre 1888 eingegangen sei. Das Patentamt eigne sich bei seiner jetzigen Zusammensetzung nicht zur Rechtsprechung bei Markenstreitigkeiten in letzter Instanz. Die bisherigen Erfahrungen möglichen nicht, dem ordentlichen Gericht die Rechtsprechung zu entziehen. Unser Import werde in England nicht schlechter behandelt als der anderer Länder. Man möge es, nach dem Vorschlag der Vorlage, dem Bundesrat überlassen, nötigenfalls Retorsionsmaßregeln zu ergreifen.

Abg. Oltischi (kon.) erklärt sich im Großen und Ganzen mit der Vorlage, die einen bedeutenden Fortschritt bekluge, einverstanden. Näher auf die Einzelheiten einzugehen, wolle er sich ver sagen. (Bravo!) Eine Kommission von 14 Mitgliedern werde genügen.

Nachdem noch Abg. Goldschmidt (dfr.) sich anerkennend über den Entwurf geäußert, wird die Debatte geschlossen und die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung der Nr. 211 zum Buchergesetz. Die Berathung wird fortgesetzt mit der Abstimmung über § 302e. (Schwudker). In einfacher Abstimmung wird § 302e gegen Freisinnige und Sozialdemokraten angenommen.

Rückständig ist außerdem noch die Abstimmung über den neuen Art. 4 (Verpflichtung der Gläubiger zur Mittheilung eines Rechnungsauszuges am Jahresende.) Es gelangt hier zunächst

ein Antrag v. Buol mit einem Unterantrag Hahn zur Annahme, wonach auch den öffentlichen Verhältnissen, Spar- und Darlehenstituten, eingetragenen Genossenschaften der Rechnungsauszug erlassen werden soll, letzteren aber nur beim Geschäftsverkehr mit ihren Mitgliedern (Unterantrag Hahn).

Die Abstimmung über den so gestellten Art. 4 ist eine namentliche.

Mit Ja stimmen 131, mit Nein 83 Mitglieder. Art. 4 ist also angenommen.

Abg. Rintelen beantragt unter Hinweis auf eine Petition des Vorstandes des Trierer Bauernvereins folgenden Art. 5 ins Gesetz aufzunehmen: Der Landesgesetzgebung bleibt überlassen, besondere Bestimmungen zur Verhütung und Bestrafung des Wuchers beim Handel mit Vieh, bei der Blehpacht und beim Handel mit ländlichen Grundstücken zu treffen.

Bundeskommisar Dungs, sowie die Abg. v. Bar, Dr. von Marquardsen und Stadthagen halten den Antrag für nicht in den Rahmen des Gesetzes passend und befürworten deshalb dessen Ablehnung.

Abg. Graf Hönsbrück bittet dagegen, angesichts der großen praktischen Bedeutung des Antrages für die ländlichen Interessen hier nicht theoretische juristische Bedenken ins Feld zu führen. Man müsse die Regelung der Materie der Landesgesetzgebung überlassen, weil bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse eine einheitliche Regelung von rechtswegen unmöglich sei.

Abg. Rintelen beantragt eine Änderung seines Antrages dahin, daß an Stelle des Wortes "besondere" "weitergehende" gesagt wird. Er kündigt übrigens für die dritte Sitzung eine andere Fassung an.

Abg. Dr. Böckel (Antisemit) unterstützt den Rintelenschen Antrag unter Hinweis auf den ausgedehnten Blehp- und Grundstückswucher der Juden im Hessischen.

Abg. Stadthagen (Sod.) verharrt sich gegen die einseitige Betonung des jüdischen Wuchers durch den Vorredner. Der Wucher müsse in jeder Form bekämpft werden, gleichgültig, ob er von Juden, Christen oder Muhammedanern ausgeübt werde.

Die Debatte wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. Dr. Böckel, daß seine Meldung zum Wort überhört worden sei. Er werde Stadthagen bei der dritten Sitzung antworten.

Der Antrag Rintelen wird gegen Sozialdemokraten, Freisinnige und Nationalliberalen angenommen.

Damit ist die zweite Sitzung des Wuchergesetzes erledigt.

Das Haus vertrat sich bis morgen 1 Uhr (Kleinere Vorlagen und Reichsrechtsgesetz). Schluss 1/2 Uhr.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

65. Sitzung vom 20. April, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Berathung des Vermögenssteuergesetzes wird fortgesetzt bei § 51 (Herabstiegung resp. Erhöhung der Vermögenssteuerfeste) falls das Vermögenssteuersoll von 35 Millionen nicht erreicht oder überschritten wird; die dazu vorliegenden Anträge, unter anderm der freisinnige auf Quotifizierung der Vermögenssteuer, sind in der Donnerstagsnummer mitgetheilt.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Ich habe mit Rücksicht auf die Stimming des Hauses auf die nochmalige Einbringung meines Antrags verzichtet, der dahingeht, die Vermögenssteuer dazu zu benutzen, einen Theil der Einkommensteuer beweglich zu machen. Ich glaube, die Quotifizierung wird vielfach überschätzt. Sie hat auch den praktischen Nachteil, daß die Position des Finanzministers gegenüber seinen Kollegen geschwächt wird. Sie würden ihm einfach, wenn er sagte, ich habe kein Geld, erklären, dann stelle eine Quote mehr ein. Auch für die Kontingentierung, wie sie im § 51 festgelegt wird, kann ich mich nicht begeistern. Die Forderung, daß falls das Steuersoll nicht erreicht wird, die Steuersätze erhöht werden können, ist eine ganz ungewöhnliche. Das Beste wäre die Streichung des § 51. Mein Antrag, das Steuersoll von 35 auf 32 Millionen herabzusezen, ist also ein eventueller. Dadurch sollen wenigstens die Steuerzahler vor einer Erhöhung der Steuer herabgemindert werden.

Abg. Dr. Würmeling (Btr.): Der Antrag auf Quotifizierung ist, wie er heute vorliegt, für uns unannehmbar; denn wenn sie bei der Vermögenssteuer eingeführt wird, bei der Einkommensteuer nicht, wird das Verhältnis zwischen Vermögens- und Einkommensteuer völlig verschoben. Unsere Stellung zu diesem Antrage ist ferner davon abhängig, wie sich die Regierung und das Herrenhaus dazu stellt. Wir wollen nicht die Reform aufzuschieben machen.

Die Festsetzung eines Steuersolls von 35 Millionen ist doch nur eine ungefähre Schätzung, die unsicher ist. Niemand kann das kontrollieren. Deshalb dürfen wir nicht einen Sprung ins Dunkle machen, ohne daß die nötige Sicherung geboten wird, daß die Steuer wirklich erlangt wird. Ich bitte Sie um Annahme der Kommissionsbeschluße.

Abg. Schmidt (Warburg, Btr.): Durch das Schulgesetz wird dem Minister ein ganz bedeutender Dispositionsfonds zur Verfügung gestellt. Ich bin an sich schon nicht der Errichtung solcher Fonds geneigt. Insbesondere die Fassung der Kommission ist mir sehr bedenklich. Ich bitte deshalb den Minister, uns alljährlich ein genaues Verzeichnis derjenigen Orte zu überreichen, welche er zu unterstützen gedenkt. Ich spreche vom Standpunkt der Provinz Westfalen aus, die mich hierher geschickt hat. Wir haben dort in Bezug auf Parität ein sehr geordnetes Schulwesen. Solche Ungeheuerlichkeiten, wie hier in der Umgegend der Stadt der Intelligenz bestehen, daß für 100, ja 300 katholische Kinder die Errichtung eigener Schulen nicht erlangt werden kann, kommen bei uns nicht vor. Der Zweck, welchen die Abg. Friedberg und Eynern verfolgen, würde auch erreicht werden, wenn etwa eine Bestimmung geschaffen würde, daß, so lange die Überschüsse aus der Einkommensteuer zur Deckung der Ergänzungsteuer ausreichen,

bekügt ist, jährlich 35 Millionen zur Deckung des entstandenen Einnahmeverlusts aus diesen Fonds zu entnehmen.

Kultusminister Dr. Bosse: Wenn man den Geist des § 82 des Einkommensteuergesetzes beachtet, dann ist auch § 1 des Schulgesetzes berechtigt. Denn jenes ganze Gesetz befreite eine Entlastung der Steuerzahler, also auch Erleichterung der Schulosten. Wenn man die 8 Millionen, welche die Regierung verlangt, auf 4 Millionen herabgesetzt hat, so ist das schon außerordentlich wenig. Wenn Sie nun noch verlangen, daß ein genaues Verzeichnis alljährlich eingereicht und vom Abgeordnetenhaus beraten werden soll, dann werden die Erwartungen, die an uns im Lande gestellt werden, getäuscht. Denn das Haus würde kaum die Zeit haben, ein solches Verzeichnis virtuell zu prüfen. Ich glaube, die Kommissionssatzung gewährt Ihnen genug Garantien. (Beifall.)

Abg. v. Schlescha (Btr.): Wenn die Erträge der Einkommensteuer, wie der Finanzminister ausgeführt hat, sinken, so ist doch sicher nicht die Zeit gekommen, die Vermögenssteuerfälle zu erhöhen, wie es § 51 unter Umständen will. Das müßte zu großen Krisen führen und zum Verlust von Nationaleigentum.

Abg. Frhr. v. Leditz (fl.): erklärt sich für den Antrag Stengel. Sollte derselbe nicht angenommen werden, dann werde er für den Kommissionsantrag stimmen. Denn er könne die Verantwortung für das Schelten des Reformwerkes nicht übernehmen. Der Antrag Sattler habe insofern einige Berechtigung, als wahrscheinlich die Einnahmen aus der Vermögenssteuer höher sein würden als angenommen werden. Doch dränge die finanzielle Lage dahin, es bei dem Steuersoll von 35 Millionen zu belassen. Der Antrag auf Quotifizierung sei nicht gangbar. Denn das Herrenhaus würde eine Vorlage mit der Quotifizierung nicht annehmen.

Finanzminister Dr. Michel wendet sich gegen den Antrag Sattler. Er habe niemals Zweifel darüber gelassen, daß an dem Steuersoll von 35 Millionen festgehalten werden müsse. Da die Steuerreform erst 1895 in Kraft trete, ginge die Staatskasse ohnehin schon einer Summe von 3 Millionen aus der Gebäudesteuer verlustig. Auch die Voraussetzung auf die Mehrerinnahmen aus der Einkommensteuer habe sich nicht erfüllt.

Abg. Frhr. v. Minnigerode (fl.): Uns steht in erster Linie die Rücksicht auf die dauernde Stabilität der Staatsfinanzen bei dieser ganzen Reform. Abg. Rickert wirkt dem Finanzminister Befehlung seiner Anschaufungen vor. Ich erinnere nur daran, wie oft er schon seine Ansichten geändert hat. Durch die Quotifizierung wird lediglich die Regierung von den Parteien abhängig gemacht. Bei dieser Reform handelt es sich nicht um Plauschmacher, sondern um eine allmäßliche, naturgemäße, organische Vermehrung der Einnahmen. Wir bekennen uns zu der Plauschmacherrei zu Gunsten des Staates. Herr Rickert treibt Minnigerode. Durch sein Eintreten für die bisherigen Handelsverträge und auch für den russischen, von dem wir hoffen, daß er nicht das Licht der Welt erblicken wird, wirkt er für Verringerung der Reichseinahmen und drückt damit auf die Matritularbeiträfte. Seine Theorie kann Abg. Rickert nur vor unzurechnungsfähigen Wählern vorbringen. Ein Abgeordneter müßte eigentlich von einem weiteren Gesichtskreis ausgehen. Die Hauptfäche ist und bleibt, Herr Rickert ist und bleibt ein grundsätzlicher Gegner dieser Reform. Er mißbilligt die Erleichterung des Grundbesitzes und die stärkere Heranziehung des mobilen Kapitals. Wir werden für die nothwendigen finanziellen Bürgschaften des Staats und darum für die Kommissionsbeschluße eintreten. (Beifall rechts.)

Hierauf wird die Erörterung über § 51 geschlossen. Nunmehr wird über § 51a in Verbindung mit § 1 des Schulgesetzes debattiert. Auch die hierzu gestellten Anträge sind bereits am Donnerstag mitgetheilt. Die Regierungsvorlage forderte im Ganzen 10 Millionen zu Beihilfen für Schulzwecke, die Kommission stellt aus den Überschüssen der Einkommensteuer bezw. Ergänzungsteuer für 1893/94 und 1894/95 je zwei Millionen bereit.

Abg. Dr. Emeckerus (nl.): Die Mehrheit unserer Partei wird für § 1 des Schulgesetzes stimmen. Zweitens aller Lehrer auf dem Lande, von denen die Hälfte zehn Jahre im Amt sind, haben nur ein Einkommen von 750 Mark. Am liebsten wäre uns die Vorlage eines Dotationsgesetzes. Wir werden für diese Vorlage stimmen, wenn auch das Bedürfnis nicht voll übersehen werden kann. Um wenigstens dem Bedürfnis nach Unterstützung für Volksschulbauten in höherem Maße nachzukommen, haben wir beantragt, die auszuwerrende Summe von je 2 auf je 3 Millionen zu erhöhen. Der Antrag ist gegenüber dem tatsächlichen Bedürfnis außerordentlich beschieden. Ich bitte Sie auch um Annahme des § 51a, obgleich er den Lehrern nur eine unsichere Aussicht gewährt.

Abg. v. Buch (kon.): Wir halten den Erlass eines Dotationsgesetzes ohne Volksschulgesetz für unmöglich. Daß ein schweres Bedürfnis auf dem Gebiet der Volksschulbauten besteht, erkennen wir an. Die Summe von 4 Millionen ist so gering, daß wir sie bei der Steuerreform entbehren können. Über die Kommissionsvorschläge werden wir nicht hinausgehen. Die Schulbauten müssen sich den Bedürfnissen der einzelnen Landesteile anschließen, sie dürfen nicht nach einer am grünen Tisch hergestellten Schablone errichtet werden. Es sind mitunter Anforderungen an solche Schulbauten — man könnte beinahe sagen, Schulpaläste — gestellt worden, die große Erregung herborgerufen haben. Wenn man sich nach den Bedürfnissen richtet, wird man mit den 4 Millionen auch etwas ausrichten. (Beifall rechts.)

Abg. Rickert (dfr.): Wie die Herren zu der Schule stehen, wissen wir ja. Herr v. Minnigerode hat in meiner Abwesenheit nun, wie ich höre, überaus geistreiche Reden gehalten. Er hat eine Reihe von Witzeln über mich gemacht, die sich wohl in Volkssversammlungen gut anhören lassen, hier aber nicht am Platze sind. Angelebt dieser Vorlage wäre es Pflicht des Ministers, die in den Witzeln seiner Vorlage dargelegten Zustände hier öffentlich festzustellen. Herr v. Buch sprach von Schulpalästen. Möge ihm der Minister doch darlegen, in welchen elenden Kabachen im Lande der Schulen, wie man Preußen nennt, oft Schule gehalten werden muss. Woher weiß Herr v. Buch, daß in Schulbauten nach einer bestimmten Schablone gearbeitet wird? Andere Dinge stehen ja

Ihrem Interesse allerdings näher als das Schulwesen. Wir werden in erster Linie für Wiederherstellung der Regierungsvorlage stimmen, und sodann für den Antrag Enneckerus, wonach die Regierung sechs Millionen — jede Million ist wertvoll — zur Verfügung hat, nicht bloß zu Schulbauten, sondern auch zur Besserung der Lage der Lehrer. Die Forderung eines Schuldotationsgesetzes wird nicht von der Tagesordnung verschwinden, wir werden sie auch weiter vertreten.

Kultusminister Dr. Bosse: Auf die Frage des allgemeinen Schulgesetzes und des Dotationsgesetzes gehe ich nicht ein. Was nun den zweiten Theil unserer Forderung betrifft, so ist er ebenso wichtig für uns wie der erste. Als wir die Vorlage einbrachten, haben wir uns nicht träumen lassen, daß sie in der Weise, wie es in § 51a geschehen ist, mit der Steuerreform verknüpft werden würde. Wir hatten auch in Bezug auf § 1 kaum auf einen Widerstand gerechnet. Denn nach meiner Meinung sind alle Parteien einig darüber, daß die in Folge der Leistungsunfähigkeit mancher Gemeinden rückständig gebliebenen Forderungen erfüllt werden müssen. In manchen Gemeinden sind die Schulzustände geradezu unerträglich. (Hört, hört! links.) Unsere Nachweisung darüber ist auch von keiner Seite bestritten worden. (Sehr richtig! links.) Es ist bedauerlich, daß uns nicht einmal die geringe Summe von 6 Millionen bewilligt worden ist. Aber wir hoffen auch mit 4 Millionen weiter zu kommen. Die Dringlichkeit der Forderung ist auch klar. Schon oft sind an uns Forderungen wegen Neubauten im Osten gestellt worden, aber wir hatten nicht die nötigen Mittel. Aber auch dort müssen Schulgebäude neu geschaffen werden, wo zwar solche bestehen, aber so baufällig sind, daß die Gesundheit der Schüler und Lehrer gefährdet ist. Auch die Manngesundheit der Lehrerwohnungen spottet jeder Beschreibung. (Hört, hört! links.) So kommt es vor, daß oft ein Lehrer in einer Giebelstammer wohnt, die nur einen Zugang durch die Wohnräume anderer Leute hat. Da kann natürlich der Lehrer kein behagliches Leben führen, er versetzt auf den Wirtschaftsbau (hört, hört! links), und da ist es natürlich, daß die meisten Disziplinarstrafen in dem Wirtschaftsbau ihren Grund haben. (Hört, hört! links.) Solche Zustände müssen beseitigt werden. (Weltweit links.) Dieselben herrschen nicht nur im Osten, sondern auch in manchen Gegenden des Westens, z. B. in der Eifel. Ich kann übrigens versichern, daß wir bei diesen Bauten nicht über das hinausgehen, was für die Bewohner des Orts, wo der Lehrer wohlt, üblich und nach verständigem Ermessen ausreichend ist. Brachbauten wollen wir nicht. Wo uns solche Bestrebungen entgegentreten, werden wir ihnen Widerstand leisten. Ich bitte Sie, versuchen Sie, sich auf den Standpunkt des Antrags Enneckerus zu stellen, und bewilligen Sie unsere Forderung, wenn wir auch, sollten Sie nicht dazu kommen können, froh sein werden, 4 Millionen zu erlangen. Sie werden damit sich den Dank der Lehrer, der heranwachsenden Generation und des Vaterlandes erwerben. (Lebhafte Beifall links.)

Inzwischen ist ein Antrag Rickert (dfr.) eingelaufen, im Ganzen acht Millionen zu bewilligen.

Abg. Dr. Würmeling (Btr.): Ich sehe in dem Kommissions-Antrag eine wesentliche Verbesserung der Regierungsvorlage. Das Bedürfnis nach Schulbauten wird auch von uns anerkannt, doch wünschen wir, daß das Geld verständig und nicht zu Luxusbauten verwandt wird. Wir behalten uns die Kontrolle vor. Wir betonen auch, daß wir bereit sind, weitere Summen etatsmäßig auf dem geordneten Wege zu bewilligen. Wenn das Volkschulgesetz in der vorigen Session zu Stande gekommen wäre, dann wäre auch diese Angelegenheit gezielt geregelt. (Sehr richtig! rechts, Hinterkell links.) Die konservativ-klerikale Mehrheit im Abgeordnetenhaus hat auch schon ganz Bedeutendes für das Volkschulwesen geleistet. (Sehr richtig! rechts.)

Minister Dr. Bosse bittet nochmals um Bewilligung von sechs Millionen.

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Wir wollen den Fonds aus der Einkommensteuer lediglich zur Durchführung der Steuerreform benutzen. Darauf weist § 82 des Einkommensteuergesetzes auch hin. Deshalb verlangen wir Ablehnung der §§ 51 und 51a. Meine finanziellen Gesichtspunkte aber treten zurück hinter dem dringenden Bedürfnis zur Befreiung des Volkschulwesens. Leider hat die Regierungsvorlage keine Aussicht auf Annahme. Abg. Würmeling sprach bei Bekämpfung der Regierungsvorlage sogar von einer konservativ-klerikalen Mehrheit. Wenn eine solche Mehrheit überhaupt existiert, dann besteht sie meines Erachtens erst seit dem vorigen Jahre. Denn erst aus Unlust des Volkschulgesetzes hat sich das Zentrum enger an die konservative Partei angeschlossen. Sollte uns der Kampf um das Volkschulgesetz aufgedrängt werden, wir nehmen ihn auf, und wir haben bewiesen, daß wir ihn nicht zu scheuen brauchen. (Lebhafte Beifall links.) Ich kann nicht die Verantwortung vor meinen Wählern übernehmen, hier eine Steuer zu bewilligen, für welche die Notwendigkeit nicht erwiesen ist.

Minister Dr. Miquel: Ich übernehme sehr gern die Verantwortung für diese Steuer und glaube, daß mein Vorredner von einem unrichtigen Standpunkt ausgeht. Auch seine Logik ist nicht folgerichtig, denn würde sein Antrag angenommen, so würde für die Schule, für die er so begeistert eintrat, gar nichts übrig bleiben. Wenn Sie den Kommissionsantrag annehmen, dann werden wir genötigt sein, in den Etat die nötigen Summen aufzunehmen. Das wird vermieden, wenn Sie die Regierungsvorlage annehmen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (lons.): Jede Partei ist selbstständig und hat das Recht, sich in politischen Fragen mit der ihr nahe stehenden Partei zu vereinigen. Herr Rickert weist immer darauf hin, wo den Lehrern Unrecht getrieben ist, er vergibt, Ihnen zu sagen, daß sie sich beschelten müssen. Das gilt auch bei den Lehrerbildungen bestehen, gebe ich zu, sie sind aber nicht größer als bei den übrigen Beamten. Das Schulbauen zu kostspielig gemacht werden, darüber wird vielfach gellagt. So ist z. B. ein Schulhaus für einen Lehrer gebaut worden, das 21000 M. eins für zwei Lehrer, das 27000 M. kostete. Die Lehrerwohnung ist so eingerichtet gewesen, daß der Schulrat bei der Einweihung stehen mußte, er wäre froh, wenn er eine solche Wohnung hätte. Es ist auch zu bedenken, daß die Lehrer sehr jung ins Amt kommen. Was den Lehrern kommt, soll Ihnen werden. Wir werden für den Kommissionsantrag stimmen, weil wir glauben, die 4 Millionen bei der Steuerreform entbehren zu können. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Meyer (Berlin; dfr.) weist den vom Abg. Freiherrn von Minnigerode dem Abg. Rickert gemachten Vorwurf, er sei bald Vollstreiber, bald freiwilliger Regierungskommissar, zurück. Er habe dieselben Wandlungen durchgemacht, wie der Abg. Rickert, jeder müsse aber gestehen, daß 1879 Fürst Bismarck seine Politik gründlich geändert habe. Er habe nach wie vor im Gegensatz zu den Nationalliberalen seine Grundätze aufrecht erhalten und in Folge dessen die veränderte Politik Bismarcks bekämpfen müssen. Er habe also sein Firmenschild geändert, seine Prinzipien beibehalten. (Große Hinterkell.) Was nun das Schulgesetz betrifft, so entprächen in vielen Landestheilen die bestehenden Zustände keineswegs den gesetzlichen Anforderungen. Die dringendsten Mißstände könnten nur bei Annahme des Antrags Enneckerus beseitigt werden.

Abg. Frhr. v. Gedlik (sl.) erklärt sich für den Antrag Enneckerus und gleicht der Hoffnung Ausdruck, daß es bald zu einem Schuldotationsgesetz kommen werde, da die Lehrergehälter und die Schullasten geregelt werden müssten.

Abg. Dr. v. Tazdzewski (Pole) spricht sich für die Kommissionsbeschlüsse aus.

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Abg. v. Gnyern (nl.) bemerkt zur Geschäftsordnung: Abg. Meyer hat einer großen Partei im Lande vorgeworfen, sie habe ihre Prinzipien geändert. Wenn ich nun sage, das ist eine unwahre Behauptung, wäre das eine Frage zur Geschäftsordnung? (Stürmische Hinterkell).

Präsident v. Kölle: Das wäre keine Bemerkung zur Geschäftsordnung. (Hinterkell). Wenn Sie das in der Diskussion sagten, dann würden Sie ja sehen, was ich thue. (Große Hinterkell.)

Unter Ablehnung aller Änderungsvorschläge werden § 1 des Schulgesetzes und die §§ 51, 51a, sowie § 58 in der Fassung der Kommission angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird ohne wesentliche Erörterung nach den Beschlüssen der Kommission erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Kommunalsteuergesetz). Schluß gegen 4 Uhr.

## Herrenhaus.

12. Sitzung vom 20. April, 1 Uhr.

Der Gesetzentwurf, betr. die Änderung von Amtsgerichtsbezirken, wird angenommen. Ebenso der Gesetzentwurf, betr. den Einfluß von Vorrechtselternräumen auf das geringste Gebot in dem Verfahren der Zwangsverteilerung mit einer kleinen von der Kommission beantragten Änderung.

Durch Kenntnahme werden erledigt 1. der Bericht über die Ergebnisse des Betriebs der Staatsseisenbahnen für 1891/92, bei welcher Gelegenheit Minister Thielen auf Anregung des Grafen Frankenberg die im Abgeordnetenhaus bereits ausschließlich gegebene Auklärung über das Eisenbahnunglück auf der Neissebrücke wiederholte, 2. der Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung im Jahre 1891/92, 3. die Mitteilung über die Ausführung der Eisenbahnverstaatlichungsgesetze.

Der Bericht der Städtischschuldenkommission für 1891/92 wird durch Dechargeertheilung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag, den 2. Mai, 1 Uhr: Wahlgesetz.

Schluß 2½ Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 20. April. Eine solche Übereinstimmung, wie sie heute im Reichstage gegenüber dem Gesetzentwurf zum Schutz der Waarenbezeichnungen hervortrat, ist eine Seltenheit. Die Redner aller Parteien wußten nur Gutes von der Vorlage zu sagen, deren Schwerpunkt in der Bekämpfung des unlauteren Wettkampfes liegt. Was unserer Gesetzgebung bisher gefehlt hat, die Bestrafung der gewissenlosen Anwendung von Waarenbezeichnungen, das soll jetzt nach allzu langem Zögern eingeführt werden. Niemand wird fortan einen falschen Herkunftsname für seine Waaren angeben dürfen, und die Vereinfachung des Anmeldebeweises bezüglich der Waarenmarken wird dem Publikum, dem Kaufenden wie dem verkaugenden, die Kontrolle über Ursprung und Beschaffenheit der Waaren erleichtern. An der Vorlage ist nur Eines bedauerlich, was freilich nicht den sachlichen Inhalt betrifft, nämlich daß dieser Entwurf so spät an den Reichstag gelangt ist. Es ist kaum eine Aussicht, daß die Verabschiedung der Vorlage noch in der gegenwärtigen Session möglich gemacht werden kann, selbst wenn die Militärvorlage angenommen werden sollte. Geschähe das letztere, so würde der Reichstag für die Erledigung anderer Materien keine drei Tage mehr zusammenzuhalten sein. — Das Abgeordnetenhaus hätte sich, nach dem Ausfall der Abstimmungen über die Behandlung der Steuererträge, resp. über ihre Verwendung, zu urtheilen, die zweitägige Debatte über diese komplizierte Streitfrage sparen können. Die heutige Abstimmung ergab auch hier die unerschütterliche Festigkeit der Mehrheit, die keine nachträglichen Durchbrechungen der Kommissionsbeschlüsse will; es ist, von einer unbedeutenden redaktionellen Änderung abgesehen, Alles in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen worden, und das Ergänzungsgesetz ist somit in zweiter Lesung ganz wie die Überweisungsvorlage unter Drach und Fach gebracht worden. Das größte Interesse in der heutigen weitwichtigen Verhandlung bildete die Rede des Kultusministers über die Möglichkeit der Schulzustände auf dem platzen Lande. Alles, was von liberaler Seite und auch sonst von unbefangenen Beurtheilern über diese Verhältnisse gesagt worden ist, wird durch die Schilderung des Herrn Bosse bestätigt. Es ist ein Zustand, dessen wir uns im Hochgefühl, einem Kulturstaat anzugehören, einfach schämen sollten. Der Kultusminister erzählte von Schulräumen, die miethsweise in Bauernhäusern untergebracht sind, wo weder Licht noch Luft den minimalsten Anforderungen entsprechen. Die Gesundheit der Kinder, der Lehrer und ihrer Familien werde ruiniert. Die Lehrerwohnungen spoteten oft jeder Beschreibung. Junge Lehrer seien auf kleine Giebelstuben angewiesen, die nur durch Leitern erreicht werden können. Im Westen sei es womöglich noch schlimmer als im Osten. Im Kultusministerium muß eine wahrhaft verzweifelte Stimmung herrschen, wenn solche Skandalosa vor der breitesten Öffentlichkeit anklagend vorgetragen werden können. Gegen wen sich die Anklage richtet, ist klar: der Finanzminister hätte es in der Hand, durch größere Freigebigkeit den Übeln abzuhelfen. Aber bevor nicht die Steuerreform, wie er sie sich denkt, gesichert ist, will und wird er die Hand nicht aufthun, es sei denn zu kleineren Verbesserungen, die anstandshalber nicht verweigert werden können. Herr Bosse hat sich mit dem heutigen Beschuß, aus den Überschüssen des Einkommensteuer- und des Ergänzungsgesetzes je zwei Millionen zu Beihilfen an Schulgemeinden herzugeben, nicht einverstanden erklärt, und er hat auch recht daran gehabt. Wenn es dem Finanzminister, den Konservativen und dem Zentrum nicht beliebt, mehr für das Volkschulwesen zu bewilligen, so braucht der Kultusminister seine berechtigten Forderungen noch lange nicht aufzugeben. Dass den Konservativ-klerikalen gegenüber der Antrag Enneckerus, je 3 Millionen bereitzustellen, und erst recht der Antrag Rickert, je vier Millionen herzugeben, verlorene

Liebesmüh waren, ist leider selbstverständlich. — Die Wahlgesetzkommission des Herrenhauses hat ein seltsames Werk geschaffen: sie hat die anstößige Bestimmung des konservativ-klerikalen Kompromißgesetzes aus dem Abgeordnetenhaus gestrichen, wonach Steuerleistungen über 2000 Mark überhaupt nicht mehr zur Anrechnung kommen und den Tägern dieser Leistung ein höheres Wahlrecht gewähren sollen. Indem die Kommission des Herrenhauses diese Streichung vornahm, hat sie die Annahme des Wahlgesetzes für das Zentrum unmöglich gemacht. Nun hat aber die Herrenhauskommission noch einen zweiten einschneidenden Beschuß gefaßt, mit dem sie wieder an denjenigen Stellen anstoßen muß, die eine Reform des preußischen Wahlrechts nach Ausscheidung des Paragraphen über die Nichtanrechnung höherer Steuerleistungen wollen und wollen müssen. Die Wahlgesetz-Reform ist ja überhaupt nur durch die Notwendigkeit dictirt worden, eine mißliebige Verschiebung des Wahlrechts in Folge der neuen Steuerreform fernzuhalten, und dies sollte geschehen, indem statt des bisherigen Grundsatzes der Dreiteilung die Theilung der Wähler nach fünf, resp. vier, resp. drei Zwölfteln einzutreten hatte. Auch das ist jetzt durch die Kommission des Herrenhauses beseitigt worden, und wiederum soll die einfache Drittteilung gelten. Die Konsequenz würde sein, daß diejenigen Wahlberechtigten, die auf Grundlage der Steuerreform zu höheren Steuerleistungen herangezogen werden, ein gegen früher ungleich gesteigertes praktisches Wahlrecht bekommen. Das preußische Wahlgesetz würde hiernach die Bezeichnung einer Karikatur in so extremem Maße verdienen, daß ein derartiges System alsbald unter seiner Lächerlichkeit zusammenbrechen müßte. Durch die Beschlüsse der Wahlgesetzkommission der Ersten Kammer entsteht also ein sehr sonderbarer Zustand, wosfern die Mehrheit den Beschlüsse beitritt. Niemand kann mit den Veränderungen zufrieden sein, das Zentrum nicht, weil ihm die fast schon sicher gewesene Herrschaft über eine Reihe rheinisch-westfälischer Gemeinden wieder entwunden werden soll, die Regierung und die Liberalen aller Schattirungen nicht, weil die Berechnung nach Zwölfteln die Grundlage jeder, auch der bescheidensten, Reform bleiben muß. Die klugen Politiker, die hinter den Kulissen namentlich an einer Mehrheit für die Militärvorlage arbeiten, kommen in eine besonders schwierige Lage. Es mag sein, daß die Steuerreformgesetze, zu deren Durchbringung dem Zentrum das Zugeständnis der Annahme seiner für das Wahlgesetz gestellten Bedingungen gemacht wurde, auch ohne das Zentrum gesichert wären. Aber mit dieser ziffermäßigen, noch nicht einmal sicherer Feststellung ist es auch nicht gethan, und Herr Miquel legt zweifellos großen Werth darauf, daß Zentrum nicht als Gegner der Steuervorlagen zu haben. Größer indessen wäre die Rückwirkung auf die sich eben erst anbahnende Verständigung über die Militärvorlage. Das ist so klar, daß wirklich nichts hinzugefügt zu werden braucht.

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalt-Etat, betreffend eine Nachforderung zur Chancen-Weltausstellung, dem Ausschuß für Rechnungswesen überwiesen.

Die zweite Lesung der Militärvorlage im Plenum wird, da die Militärkommission erst am Montag zur Feststellung des Berichts des Abg. Gröber wieder zusammentreten kann, weil noch Korrekturen im Text des Berichts erforderlich sind, ehe Abzüge desselben den Mitgliedern der Kommission behufs Prüfung zugehen können, frühestens am 1. Mai beginnen.

Abg. Bebel hat nunmehr dem Ahlwardt, wie schon telefonisch gemeldet, erklärt, daß er und seine Freunde nicht in der Lage seien, den (gestern charakterisierten) neuen Antrag Ahlwardts, der Erhebungen über Vorgänge aus der Gründerzeit fordert, zu unterstützen; dagegen seien die Sozialdemokraten nach wie vor bereit, den früher gemeldeten Antrag — Einlegung einer Kommission zur Prüfung der dem Reichstag vorgelegten Ahlwardtschen Altenstücke — die zur Einbringung erforderliche Zahl von Unterschriften zu geben. Ahlwardt brach die Unterredung ab. Angeblich will derselbe verfügen, der Interpellation — so nennt er den gestrigen Antrag, obgleich der selbe mit einer Interpellation nichts gemein hat — eine allgemeinere Fassung zu geben. Nachgerade wird es doch klar, daß es dem Ahlwardt um gar nichts Anderes zu thun ist, als die Zeit zu vertrödeln. Wird der Reichstag demnächst aufgelöst, so wird er dann den Wählern vorschwindeln, der Reichstag habe ihm die Verlegung seiner Beweisakten unmöglich gemacht. Er meint offenbar, es sei schon etwas gewonnen, wenn er einer nochmaligen Kennzeichnung als Verleumder durch den versammelten Reichstag ausweiche. — Die Verlogenhett Ahlwardt wird nunmehr selbst einem so gefälligen und hofflichen Manne, wie dem Präsidienten v. Lebwohl unerträglich. Als sich Ahlwardt während der Sitzung am Donnerstag wiederum dem Präsidienten zu einer geschäftlichen Rückprache nahte, erklärte ihm der Präsidient rundweg: „Da Sie bisher stets Alles, was ich mit Ihnen besprochen, falsch wiedergegeben haben, so lehne ich es ab, noch anders mit Ihnen zu sprechen, als in Gegenwart von zwei Schriftführern als Zeugen.“ Unter dem Vorstande von zwei Schriftführern stand darauf, wie die „Frei. Ztg.“ mittheilt, eine kurze Besprechung zwischen Ahlwardt und dem Präsidienten statt.

## Zur Romfahrt des deutschen Kaiserpaars.

Das deutsche Kaiserpaar ist am Donnerstag, Nachmittags 1 Uhr, wohlbehalten in Rom eingetroffen, und wurde auf dem Bahnhofe von dem italienischen Königspaar, sowie den Prinzen empfangen und von der Bevölkerung jubelnd begrüßt. Über den Empfang, den die Majestäten bei der italienischen Bevölkerung und dem befreundeten italienischen Königspaar gefunden haben, erhalten wir die folgenden Nachrichten:

Rom, 20. April. Die Ankunft des Kaiserpaars erfolgte bei herrlichstem Wetter. Lange vor Mittag war die Umgebung des Bahnhofs von dichten Menschenmassen besetzt, in den Straßen hatte der Verkehr aufgehört, an allen Fenstern befanden sich Schaulustige und auch die Dächer der Häuser, welche einen Ausblick auf

die Strafen vom Bahnhofe nach dem Quirinal boten, waren von einer dichten Menschenmenge besetzt. Der kaiserliche Hofzug traf pünktlich 12 Uhr 50 Minuten ein. Ein Salut von 101 Kanonen schüssen erscholl, als der Zug in den Bahnhof eingefahren war. Der Kaiser Wilhelm und die Kaiserin Auguste Viktoria standen an der Thüre des kaiserlichen Salonwagens und grüßten schon von Ferne den König Humbert und die Königin Margherita, welche an der Spitze der gesammelten königlichen Familie und eines glänzenden Gefolges ihre Gäste erwarteten. Nachdem das Kaiserpaar den Salonwagen verlassen hatte, fand eine außerordentlich herzliche Begrüßung statt. Der Kaiser umarmte den König Humbert drei Mal, ebenso begrüßte die Kaiserin die Königin Margherita. Nach der sehr herzlichen Begrüßung der Mitglieder der königlichen Familie durch den Kaiser und die Kaiserin und Abschreiten der Ehrenkompanie erfolgte die gegenseitige Vorstellung des beiderseitigen Gefolges. Der Kaiser Wilhelm schüttelte dem Ministerpräsidenten Giolitti, dem Minister des Neuzern, Brin, sowie den übrigen anwesenden Mitgliedern des Kabinetts herzlich die Hände. König Humbert begrüßte besonders herzlich den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn Marschall v. Bieberstein.

Rom, 20. April. Auf dem Bahnhofe wurde das Kaiserpaar auch von einer Abordnung der deutschen Kolonie erwartet, welche durch eine Anzahl kleiner weiß gekleideter Mädchen der Kaiserin einen prachtvollen Blumenstrauß überreichten ließ. Auch der Maire von Rom und die Mitglieder der deutschen Botschaft sowie der bayerischen Gesandtschaft waren zum Empfang erschienen. Der Kaiser trug die Uniform des ersten Leib-Husaren-Regiments mit italienischen Orden, ebenso trug das Gefolge die italienischen Orden; während der König Humbert, die königlichen Prinzen und das italienische Gefolge mit den deutschen Orden erschienen. Die Kaiserin trug eine hellblaue Robe; die Königin Margherita ein omaranthrobes Sammetkleid. Die Vorstellungen dauerten etwa zehn Minuten. Als die Majestäten aus dem Bahnhofe hinaustraten, um in Begleitung des italienischen Königspaares die Wagen zu besteigen, wurden sie von lange anhaltenden entthusiastischen Ovationen der Bevölkerung begrüßt. In siebzehn offenen zweispännigen Wagen, unter dem Vorrite von Kürassieren, fuhr man hierauf nach dem Quirinal. Im ersten Wagen hatte der Kaiser mit dem König Humbert Platz genommen, im zweiten Wagen befand sich die Kaiserin mit der Königin Margherita und dem Prinzen von Neapel. Im dritten Wagen fuhr der Ministerpräsident Giolitti mit dem Staatssekretär Brin, v. Marschall, hierauf folgte der Botschafter Graf Solms mit dem Botschafter Grafen Lanza, sodann die Mitglieder des italienischen Königshauses und das Gefolge. Ein ununterbrochener Jubel begleitete den Zug auf dem ganzen Wege. Aus den Fenstern und von den Dächern wurden Blumen gestreut und Tücher geschwungen.

Die aufgestellten Musikkorps spielten die preußische Hymne. Besonders imposant gestaltete sich die Einfahrt in den Quirinal. Die Begeisterung der Bevölkerung zeigte sich in nicht endenwollendem, immer erneutem Jubel.

Nach der Ankunft im Quirinal schritten der Kaiser und König Humbert die Ehrenkompanie ab. Hierauf begaben sich die Majestäten über die prachtvoll geschmückte Haupttreppen, an deren Fuß sie der Großeremonienmeister Graf Giannotti empfing, nach dem Schweizerzaale, wo die Hofdamen der Königin die Ankunft der Allerhöchsten Herrschaften erwarteten. Im nächsten Saale wurden sodann die Ritter des Annunziaten-Ordens vorgestellt. Hierauf begleiteten der König und die Königin ihre Gäste nach deren Gemächern. In den Straßen hielten der Jubel und die Begeisterung noch lange an, nachdem das Kaiserpaar im Quirinal eingetroffen war. Die Rückkehr der Truppen nach ihren Quartieren gab zu neuen wiederholten und begeisterten Kundgebungen der Bevölkerung Anlaß.

Rom, 20. April. Kurz nach dem Eintreffen des deutschen Kaiserpaars im Quirinal erschien eine große Anzahl von Vereinen mit ihren Fahnen, von einer großen Menschenmenge gefolgt und brachte den Majestäten stürmische Kundgebungen dar. Die Majestäten traten auf den Balkon und wurden mit brausenden Jubelrufen begrüßt. Unter dem Schwenken von Hüten und Taschentüchern ertönten immer erneute Hochrufe auf das deutsche Kaiserpaar und das italienische Königspaar. Die Majestäten verweilten trotz der großen Sonnenglut gegen 5 Minuten auf dem Balkon. Die Volksmenge begann endlich sich langsam zu verlaufen.

Rom, 20. April. Um 4½ Uhr begab sich der Kaiser nach dem Pantheon, um die Grabstätte Victor Emanuels zu besuchen. Der Kaiser legte einen Kranz mit einer Schärpe in den deutschen Farben am Grabe nieder.

Der Kardinal Mocenni begab sich in Vertretung des durch Unwohlsein verhinderten Kardinals - Staatssekretärs Rampolla Nachmittags 1½ Uhr nach der preußischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle, um für den Kaiser und die Kaiserin den Willkommensgruß des Papstes zu überbringen. Der Gesandte v. Bülow war in der Gesandtschaft nicht anwesend.

Der Besuch der Majestäten bei dem Papste ist auf Sonntag, den 23. d. M. Nachmittags 3 Uhr festgesetzt worden. Um 12½ Uhr begibt sich der Kaiser in einem königlich italienischen Wagen nach der preußischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle, wofür eine Frühstückstafel stattfindet. An derselben werden die Kardinäle Rampolla, Mocenni und Ledochowski, der Monsignore Segna und das Gefolge Seiner Majestät wohnein. Gegen 2 Uhr trifft die Kaiserin in der Gesandtschaft ein. Nach der Vorstellung begeben sich alsdann die Majestäten in einem preußischen Hofwagen in Begleitung des Gefolges und des Gesandten v. Bülow nach dem Vatikan. Die Kaiserin besucht nach dem Besuch beim Papste die Sixtinische Kapelle und die vatikanischen Museen. Während dieser Zeit verweilt der Kaiser noch bei dem Papste. Die Majestäten fehren nach der preußischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle nicht gemeinsam, sondern in verschiedenen Wagen zurück.

Rom, 20. April. Der Kaiser hat einen Besuch des archäologischen Institutes, dessen Gründungstag der 21. April ist, zugesagt. Am Sonntag werden die Majestäten wahrscheinlich dem Gottesdienst in der Kapelle Caffarelli betreiben.

## Militärisches.

\* Personalveränderungen im V. Armeekorps. Beder, Major, beauftragt mit den Funktionen des etatsmäßigen Stabsoffiziers des 2. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 47, unter Ernennung zum etatsmäßigen Stabsoffizier, Heye, Major, beauftragt mit den Funktionen des etatsmäßigen Stabsoffiziers des 3. Bos. Inf.-Reg. Nr. 58, unter Ernennung zum etatsmäßigen Stabsoffizier, Eisenhardt, Major und Abtheilungs-Kommandeur vom Niederschl.

Feld-Art.-Reg. Nr. 5, zu Oberstleutnant befördert, v. Treskow, Br.-L. vom 2. Bos. Inf.-Reg. Nr. 19 zum Hauptmann u. Kommandeur, vorläufig ohne Patent, befördert, Höcker, Sek.-L. vom 3. Thüring. Inf.-Reg. Nr. 71, unter Beförderung zum Br.-L. in das 2. Bos. Inf.-Reg. Nr. 19 verzeigt, Hermann, Br.-L. vom 1. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 46, unter Entbindung von dem Kommando als Assistent bei der Infanterie-Schule, zum Hauptmann und Kommandate, vorläufig ohne Patent, befördert, Düwell, Sek.-L. vom Eisenb.-Reg. Nr. 2 unter Beförderung zum Br.-L. in das 1. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 46 verzeigt, Müllen, Major und Bataillons-Kommandeur vom 3. Bos. Inf.-Reg. Nr. 58, unter Stellung

zu la suite des Reg., zum Direktor der Artillerie-Schule in Kassel ernannt, Lau, Major u. Bataillons-Kommandeur vom 4. Bos. Inf.-Reg. Nr. 59, in das 3. Bos. Inf.-Reg. Nr. 58 verzeigt, v. der Schulenburg, Oberstl. vom Drag.-Reg. Nr. 15, zum Komman-

deur des Bos. Ulanen-Reg. Nr. 10 ernannt, v. Hartmann, Mittmeister vom Westp. Kür.-Reg. Nr. 5, als Eskadronchef in das Westp. Ulanen-Reg. Nr. 1 verzeigt, v. Broßigk, Sek.-L. vom 1. Schles. Drag.-Reg. Nr. 4 in das Leib-Husaren-Reg. Kaiserl. Nr. 2 verzeigt. Die Portepee-Fähnrichs March vom Westp. Füs.-Reg. Nr. 37, Rodax, Wessel vom 3. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 50, zu Sek.-L. die Unteroffiziere Becker vom Westp. Füs.-Reg. Nr. 37, Scupin vom 3. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 50, Schröder vom 3. Bos. Inf.-Reg. Nr. 58, Graf v. Brodorff, char. Port.-Fähnr., Borrman, Gefreiter vom Niederschl. Feld-Art.-Reg. Nr. 5, zu Port.-Fähnr. befördert, Graf v. Rothkirch u. Trauch II., Sek.-L. vom Westp. Ulanen-Reg. Nr. 1, vom 1. Mai d. J. ab auf 1 Jahr zur Geistl. Verwaltung kommandiert, Hahnstaab, Hauptmann und Kommandeur vom 2. Bos. Inf.-Reg. Nr. 19, Naenburgh, Sek.-L. vom 3. Bos. Inf.-Reg. Nr. 58, à la suite der betr. Regimenter gestellt, Skowksi, Major z. D. in der etatsmäßigen Stelle eines inaktiven Stabsoffiziers bei dem Generalkommando des 5. Armeekorps, der Charakter als Oberstl. verliehen, Müller, Hauptmann aggregiert dem 3. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 50 und kommandiert zur Wahrnehmung der Geschäfte eines Bezirksoffiziers bei dem Landw.-Bez. Schröda, unter Stellung z. D. mit Pension zum Bezirksoffizier bei diesem Landw.-Bezirk ernannt, Bohle, Major und etatsmäßiger Stabsoffizier des Magdeburg. Füs.-Art.-Reg. Nr. 4, als Bats.-Kommandeur in das Niederschl. Füs.-Art.-Reg. Nr. 5, Bäck, Br.-Lt. vom Niederschl. Füs.-Art.-Reg. Nr. 5, unter Beförderung zum Hauptm. und Kommandeur, in das Magdeburg. Füs.-Art.-Reg. Nr. 4, Lambeck, Br.-Lt. à la suite des Schles. Füs.-Art.-Reg. Nr. 6, von dem Kommando nach Württemberg entbunden und in das Niederschl. Füs.-Art.-Reg. Nr. 5, verzeigt. Schmale, Unteroffizier vom Niederschl. Füs.-Art.-Reg. Nr. 5, zum Port.-Fähnr. ernannt, der Feuerwerks-Br.-Lt. König I. vom Art.-Depot Bosen, zum Feuerwerks-Hauptm. ernannt, Müller I., Br.-Lt. vom Niederschl. Bion.-Bat. Nr. 5, unter Beförderung zum Hauptm., - in die 2. Ingen.-Bnp., - verzeigt, Müller II., Sek.-Lt. vom Niederschl. Bion.-Bat. Nr. 5, zum Br.-Lt. befördert, Böhle, Sek.-Lt. vom Niederschl. Bion.-Bat. Nr. 5, in das Eisenbahn-Reg. Nr. 2 verzeigt, Fritsch, Zeug.-Lt. vom Art.-Depot Bosen zum Zeug.-Br.-Lt. befördert, Schnee, Sek.-Lt. à la suite des 3. Bos. Inf.-Reg. Nr. 58, ausgeschieden und zu den Reg.-Offizieren des Reg. übergetreten, v. Böhm, Oberstl. und Kommandeur des Bos. Ulan.-Reg. Nr. 10, als Oberst mit Pension und der Reg.-Uniform, v. Massow, Hauptm. und Kommandeur vom 1. Niederschl. Inf.-Reg. Nr. 46, mit Pension und der Uniform des 5. Thüring. Inf.-Reg. Nr. 94 der Abschied bewilligt, Schwerin, Rittm. und Esdras-Chef vom Westp. Ulan.-Reg. Nr. 1 mit Pension und der Reg.-Uniform z. D. gestellt, Giese, Major und Bats.-Kommandeur vom Niederschl. Füs.-Art.-Reg. Nr. 5, mit Bens. nebst Aussicht auf Anstellung im Btbldienst und seiner bislangen Uniform, Füttner, Feuerwerks-Hauptm. vom Niederschl. Füs.-Art.-Reg. Nr. 5, mit Pension nebst Aussicht auf Anstellung im Btbldienst und seiner blschen Uniform der Abschied bewilligt.

Döbern, 19. April. Der heute Vormittag 10 Uhr 10 Min. unter Leitung des Premierlieutenant Groß in Berlin aufgestiegene Ballon „Humboldt“ ist heute Abend 5½ Uhr bei Muskau glatt gelandet.

Halle a. S., 20. April. Wie die „Hall. Stg.“ meldet, ist in einem gemeinsamen Beschluß des königl. Oberbergamts Halle und der königl. Regierung zu Merseburg der Mansfelder Kupferschleifer bauenden Gewerbeschafft das Expropriationsrecht gewährt und die Entwässerung des Seebeckens gestattet. Den See-Intressenten wird für die Fischerei und sonstige Nutzung eine Entschädigung von über 200000 Mark zugestanden.

München, 20. April. Der Großherzog von Luxemburg hat vor kurzem einen Rissenbruch in Schloss Hohenburg erlitten, ist bei seiner gestern hier erfolgten Ankunft, wenn auch nur unerheblich, erkrankt, und wird von Professor Angerer behandelt. Die völlige Erholung und Rückreise nach Hohenburg dürfte demnächst schon erfolgen.

Wien, 20. April. Das Reichsgericht erkannte heute auf die Beschwerde des ehemaligen Reichenberger Bürgermeisters Schüller und des Bizebürgermeisters Brade wegen Verlezung des durch die Verfassung gewährleisteten Wahlrechts dahin, daß eine Verlezung des Wahlrechts nicht stattgefunden habe.

Vinz, 20. April. Im niederösterreichischen Landtag beantragte der Abgeordnete Doblhamer, an die Regierung das dringende Erlassen zu richten, die Aufhebung der Grenzsperrre gegen die Viehfuhr aus Österreich seitens der deutschen Regierung zu erwirken.

Bpest, 20. April. Das Abgeordnetenhaus genehmigte in der heutigen Sitzung die Handelsverträge mit Korea und mit Schweden-Norwegen, sowie den Martenius-Vertrag mit Rumäniens.

Brüssel, 19. April. Eine ministerielle Verfügung untersagt die Einfuhr aller Explosivstoffe nach Belgien. Zur Überwachung an den Grenzen sind besondere Maßnahmen angeordnet.

Brüssel, 20. April. Der vor einigen Tagen verhaftete Advokat Edmund Picard ist wieder freigelassen worden.

Paris, 20. April. Der Finanzminister Central begründete in der Finanzkommission des Senats die Börsensteuer-Vorlage. Die Vorlage verpflichtet diejenigen, welche geschäftsmäßig Börsenoperationen betreiben, daß sie von Geburt oder durch Naturalisation Franzosen sind und ihrer Militärfreiheit genügt haben. Nur die Commandaire sind von dieser Verpflichtung nicht berührt. Die Steuer ist auf einen Franc für je 10000 Francs, auf welche sich die Geschäfte erstrecken, festgesetzt. Darauf äußerte sich der Minister über verschiedene Theile des Budgets, bezüglich denen zwischen der Kammer und dem Senat keine Einigung erzielt werden konnte. In parlamentarischen Kreisen scheint die Befürchtung Platz zu greifen, daß eine Verständigung zwischen den beiden gesetzgebenden Körperschaften vor dem 30. d. M. nicht werde herbeigeführt werden können, so daß abermals ein provisorisches Budgetzwölftel bewilligt werden müsse.

Paris, 20. April. In dem heutigen Kabinettssitztheilte der Kriegsminister Volzillon mit, er habe die Vertreibung von sechs marokkanischen Touars, welche sich mit 300 Zelten in Magura niedergelassen hatten, verfügt da diese Niederlassung eine Verlezung des französischen Gebietes bedeute.

Paris, 20. April. Die Regierung hat Angesichts des Arbeitserfertages am 1. Mai Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen. Das Militär wird sich aus Strafen und Pläcken nicht zeigen, vielmehr in den öffentlichen Gebäuden in der Nachbarschaft derjenigen Dertlichkeiten konfiguriert werden, wo ihre Gegenwart nothwendig werden könnte.

London, 20. April. Im Unterhause theilte Mac Lagan mit, die Zahl der bei dem Unterhause eingegangenen Petitionen zu Gunsten der Homerulebill betrage 15 mit 30 Unterschriften,

die Zahl derjenigen gegen die Bill betrage 1863 mit 506 000 Unterschriften.

London, 20. April. In einem Prozesse gegen die Direktoren der „Hansard Union“, welche wegen angeblich betrügerischer Manipulationen bei Gründung der Gesellschaft in Anklagezustand verhängt waren, hat die Jury den ehemaligen Lordmayor von London, Sir Henry Haacs, freigesprochen.

Christiania, 20. April. Mehrere Morgenblätter halten den Ausbruch einer Ministerkrise für wahrscheinlich. „Morgenbladet“ meint, das Ministerium werde demissionieren und der König werde den Präsidenten des Stortings, Nielsen, beauftragen, ein neues Ministerium zu bilden. Authentische Meldungen liegen nicht vor.

Florenz, 20. April. Heute Nachmittag hat in Villa Pianore die Trauung des Prinzen Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Marie Louise von Parma stattgefunden.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm:	Wind. Stunde. 66 m Seehöhe.	Wetter. Temperatur.
20. Nachm. 2	757,1	N mäßig	halb bedeckt +15,8
20. Abends 9	757,9	NO mäßig	bedeckt +8,7
21. Morgens 7	758,1	S mäßig	leicht bewölkt +6,6
Am 20. April	Wärme-Maximum +15,8° Cels.		
Am 20.	Wärme-Minimum +5,4°		

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 20. April	Morgens 0,94 Meter
20.	Mittags 0,92
21.	Morgens 0,94

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Kurse.

Breslau, 20. April. (Schlußkurse.) Fest.  
Neue Proz. Reichsanleihe 87 40, 3 ½ proz. L.-Blandbr. 98,75, Konsol. Türk. 22,35, Türk. Rose 93,50, 4proz. ung. Goldrente 96,75, Bresl. Diskontobank 104,00, Breslauer Wechslerbank 101,00, Kreditattit. 180,50, Schles. Bankverein 117,10, Donnersmarckshütte 92,75, Flöther Maschinenbau —, Katowitzer Altten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 121,00, Oberschl. Eisenbahn 54,00, Oberschl. Bortland-Bement 76,10, Schles. Cement 123,00, Oppeln-Bement 91,10, Schl. D. Bement —, Kramka 136,25, Schles. Binsfafft 187,00, Laurahütte 110,60, Verein Delfabri. 91,00, Dörf. Banknoten 167,25, Russ. Banknoten 213,45, Giesege 77,00, 4proz. Ungarische Kronanleihe 93,75.

Frankfurt a. M., 20. April. (Schlußkurse.) Fest.  
Vond. Wechsel 20,435, 3proz. Reichsanleihe 87,25, österr. Silberrente 81,80, 4 ½ proz. Papierrente 82,10, do. 4proz. Goldrente 98,10, 1860er Rose 123,30, 4proz. ung. Goldrente 96,60, Ritterei 93,39, 1880er Russen —, 3. Oriental. 68,40, unif. Egypter 101,30, t. Türk. 22,35, 4proz. türk. Anl. —, 3proz. port. Anl. 22,70, 5proz. serb. Rente 79,50, 3proz. amort. Rumäniens 98,90, 5proz. Ton. 81,20, Böhm. Westbahn 312, —, Böhm. Nordb. —, Franzosen —, Galizier —, Gotthardsbahn 160,40, Bombarden 96,10, Löbde-Büchen 137,50, Nordwestbahn —, Ost. Kreditattit. 289, Darmstädter 143,20, Mittelsl. Kredit 99,90, Reichsb. 150,70, Disl.-Kommandit 190,60, Dresden Bank 150,20, Karlsru. Wechsel 81,25, Wiener Wechsel 167,10, seßliche Tabakrente 79,50, Böhm. Gußstahl 125,90, Dortmund. Union 63,00, Harpener Bergwerk 128,30, Übernahm 110,50, 4proz. Spanier 67,70, Mainzer 112,40, Berliner Handelsgesellschaft 145,10, 4proz. ungar. Kronenrente 93,70.

Nach Schluss der Börse: Kreditattit. 288,1%, Disl.-Kommandit 190,40, Bochumer —.

Wien, 20. April. (Schlußkurse.) Auf ruhiges Ausland anfangs sehr fest. Banken, Bahnen lebhafter, schließlich durchweg geschäftlos.  
Österr. 4 ½ % Papier. 98,62%, do. 5proz. —, do. Silberr. 98,35, do. Goldrente

